

**Berichts Antrag****Christiane Böhm (DIE LINKE) und Fraktion****Lehren aus der Corona-Pandemie in den Bereichen der Gesundheits- und Sozialpolitik**

Seit nunmehr über zwei Jahren hält Corona unsere Gesellschaft in Atem. Die Pandemie sorgt in allen gesellschaftlichen Bereichen für Probleme. Viele dieser Probleme wurden und werden jedoch nicht von der Pandemie verursacht – vielmehr verschärft sie bereits bestehende Missstände und legt die Versäumnisse der Vergangenheit schonungslos offen. Dies betrifft selbstverständlich auch viele Bereiche der Sozial- und Gesundheitspolitik.

Nach zwei Jahren der Pandemie ist es an der Landesregierung, Schwachstellen zu identifizieren und diese in aller Deutlichkeit benennen zu können – auch, um auf künftige Krisen besser vorbereitet zu sein.

Die Landesregierung wird ersucht, im Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss (SIA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

I. Steuerungsprozesse

1. Welche Schwierigkeiten in Steuerungsfragen sind der Landesregierung während der Corona-Pandemie bewusst geworden?
2. Inwieweit hatte die Steuerung auf Landesebene und die Aufgabenverteilung insbesondere auf HMSI und HMI Optimierungsbedarf?
3. In welchen Bereichen kam es insbesondere zu Abstimmungsschwierigkeiten zwischen der Landes- und kommunalen Ebene?
4. Wie beurteilt die Landesregierung die Zusammenarbeit mit weiteren Trägern der Sozial- und Gesundheitslandschaft im Rahmen der Pandemiebekämpfung?
5. Welche Schlussfolgerungen hat die Landesregierung aus möglichen Abstimmungsschwierigkeiten und Steuerungsverlusten während der Pandemie gezogen?
Wie will sie langfristig Steuerungsprozesse in diesem Bereich optimieren?
6. Wann ist mit der Vorlage eines Gesetzes für ein Hessisches Landesamt für Gesundheit zu rechnen?
7. Besteht aus Sicht der Landesregierung die Notwendigkeit der Wiederherstellung eines eigenständigen und umfassenden Landesjugendamtes in Hessen?
8. Beabsichtigt es die Landesregierung, nach den Erfahrungen der Corona-Pandemie weitere Landesbehörden zu schaffen, zu stärken oder umzustrukturieren?
Wenn ja, welche?
9. Welche Konsequenzen sind in Bezug auf Bevorratung von Schutzkleidung und Schutzmaßnahmen durch das Land geplant?
10. Welche Konsequenzen sind in Bezug auf die Bevorratung von Medikamenten und die Zugänglichkeit zu diesen geplant?
11. Welche Konsequenzen sind in Bezug auf die Erweiterung von Laborkapazitäten, gerade an öffentlichen Einrichtungen, geplant?

12. Welche Konsequenzen sind in Bezug auf eine erklärende und mitnehmende Informationspolitik von Seiten des Landes geplant?
13. Welche Konsequenzen sind von Seiten des Landes im Hinblick auf niederschwellige Impfungen geplant?

II. Psychische Gesundheit

14. Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung die Anzahl psychischer Erkrankungen und deren Schweregrad seit Beginn der Corona-Pandemie verändert?
15. Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung der Bedarf an therapeutischen Behandlungen seit Beginn der Corona-Pandemie verändert?
16. Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung die Anzahl an Krankschreibungen aufgrund psychischer Erkrankungen seit Beginn der Corona-Pandemie verändert?
17. Wie ermittelt das Sozialministerium den Bedarf an Behandlungskapazitäten für psychische Erkrankungen und Beeinträchtigungen?
18. Wie groß ist nach Ansicht der Landesregierung der aktuelle Bedarf an Behandlungskapazitäten?
19. Wie groß wird der Bedarf an Behandlungskapazitäten nach Ansicht der Landesregierung mit Blick auf die nächsten Jahre sein?
20. Wie bewertet die Landesregierung die Kapazitäten zur Behandlung psychischer Erkrankungen in Hessen?
21. Wie stellt sich die Situation gemäß der Fragen 8 bis 14 mit Blick auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen dar?
22. Welche sozialen Schichten und Berufsgruppen sind nach Kenntnis der Landesregierung psychisch besonders von der Pandemie betroffen?
23. Wie bewertet die Landesregierung die Stellungnahme des DGUV Forums, in der angesichts einer Zunahme psychischer Erkrankungen während der Corona-Pandemie von einem zunehmenden Versorgungsdefizit gesprochen wird?¹
24. Wie bewertet die Landesregierung die Forderung der Psychotherapeutenkammer Hessen, bei mangelnden Kapazitäten gesetzlich Versicherte auch in Privatpraxen zu behandeln, bei unbürokratischer Kostenübernahme?²
25. Welche konkreten Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus den vergangenen zwei Jahren Corona-Pandemie mit Blick auf die Gesundheitsversorgung psychischer Erkrankungen in Hessen?

III. Häusliche Gewalt sowie Gewalt gegen Frauen

26. Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung die Anzahl der Fälle häuslicher Gewalt seit Beginn der Corona-Pandemie verändert?
27. Wie hoch war nach Kenntnis der Landesregierung die Auslastung von Frauenhäusern und Anlaufstellen für Betroffene häuslicher Gewalt zu Beginn der Corona-Pandemie?
28. Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung die Auslastung von Frauenhäusern und Anlaufstellen für Betroffene häuslicher Gewalt im Laufe der Corona-Pandemie verändert?
29. Wie hoch war der Bedarf an niederschwelliger Beratung in Fällen häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen in dieser Zeit?
30. Welchen Bedarf sieht die Landesregierung für zusätzliche Kapazitäten an Unterkünften und Anlaufstellen für Betroffene häuslicher Gewalt?
31. Welche konkreten Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus den vergangenen zwei Jahren Corona-Pandemie mit Blick auf häusliche Gewalt in Hessen?

¹ <https://forum.dguv.de/ausgabe/11-2021/artikel/psychische-erkrankungen-und-corona>

² <https://www.vdek.com/LVen/HES/fokus/Corona/InterviewWinter.html>

IV. Kranken- und Altenpflege

32. Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung die Zahl der Beschäftigten in der Kranken- und Altenpflege seit Beginn der Corona-Pandemie entwickelt? (Bitte nach ambulant, teilstationär und stationär, sowie Voll- und Teilzeitkräften aufschlüsseln.)
33. Wie viele Beschäftigte in der Pflege haben nach Kenntnis der Landesregierung seit Beginn der Corona-Pandemie ihren Job gekündigt (bitte aufschlüsseln nach Krankenpflege, Altenpflege stationär, Altenpflege ambulant)?
Wie viele haben ihre Arbeitszeit reduziert?
Wie viele haben das Berufsfeld völlig verlassen?
34. Wie bewertet die Landesregierung die Personalsituation in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, speziell mit Blick auf die Hochphasen der Corona-Pandemie in den Wintern 2020/2021 und 2021/2022?
35. Wie bewertet die Landesregierung die allgemeinen Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte in hessischen Pflegeeinrichtungen während der Corona-Pandemie?
36. Wie bewertet die Landesregierung die allgemeinen Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte in hessischen Krankenhäusern während der Corona-Pandemie?
37. Wie bewertet die Landesregierung die Versorgung der Patientinnen, Patienten und Pflegebedürftigen während der Corona-Pandemie?
38. Sieht die Landesregierung die Höhe, Verteilung und Bewilligungsdauer der Bonuszahlungen an Pflegekräfte angesichts der Arbeitsbedingungen während der Pandemie als angemessen an?
39. Wie wird die Landesregierung in Zukunft die Wertschätzung für die Leistungen der Pflegekräfte zum Ausdruck bringen?
40. Wie bewertet die Landesregierung die Rolle privatwirtschaftlicher Krankenhäuser und Pflegeheime während der Pandemie?
41. Wie bewertet die Landesregierung die Auslastungssituation auf den Intensivstationen seit Beginn der Corona-Pandemie?
42. Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung die Anzahl arbeitsrechtlicher Verstöße in hessischen Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen seit Beginn der Corona-Pandemie entwickelt?
43. Wie bewertet die Landesregierung die finanzielle Belastung der Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen nach zwei Jahren Pandemie?
44. Welche Maßnahmen hat die Landesregierung ergriffen, um eine Minderbelegung in Pflegeeinrichtungen während der Pandemie auszugleichen?
45. Welche konkreten Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus den vergangenen zwei Jahren Corona-Pandemie mit Blick auf die Kranken- und Altenpflege in Hessen?

V. Armut

46. Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung der Anteil an in Armut lebender Menschen (weniger als 60% des Medianeinkommens) in Hessen seit Beginn der Corona-Pandemie verändert?
47. Welche sozialen Gruppen haben finanziell besonders unter den Auswirkungen der Pandemie gelitten bzw. leiden immer noch darunter?
Welche Maßnahmen sieht die Hessische Landesregierung als sinnvoll und als notwendig an, um diese Gruppen aktuell wie zukünftig vor Armut zu schützen?
48. Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung seit Beginn der Corona-Pandemie die Anzahl wohnungsloser Menschen in Hessen verändert?
49. Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung die Kinderarmut in Hessen seit Beginn der Corona-Pandemie verändert?
50. Wie hat sich nach Kenntnis der Landesregierung die Vermögensverteilung in Hessen seit Beginn der Corona-Pandemie verändert?

51. Welcher Zusammenhang besteht nach Ansicht und Kenntnis der Landesregierung zwischen Armut und dem Risiko, an Corona zu erkranken?
52. Welche Kenntnisse besitzt die Landesregierung über die sozioökonomische Verteilung des Infektionsrisikos mit COVID-19?
53. Wie bewertet die Landesregierung die Äußerungen des Medizin-Soziologen Nico Dragano, dass Armut einen erheblichen Faktor für die individuelle Gesundheit darstellt und daher Armutsbekämpfung eine wichtige Säule bei der Verbesserung der Gesundheit darstellt?³
54. Wie bewertet die Landesregierung die Studie des RKI aus dem Frühjahr 2021, die nachweist, dass die Sterblichkeit durch COVID-19 vor allem in sozial benachteiligten Regionen deutlich höher war als in Regionen geringerer Benachteiligung?⁴
55. Welche Schritte hat die Landesregierung daraus in der laufenden Corona-Pandemie abgeleitet, um vulnerable und armutsbetroffene Gruppen besonders zu schützen?
56. Welche konkreten Schlussfolgerungen zieht die Landesregierung aus den vergangenen zwei Jahren Corona-Pandemie mit Blick auf die Armut und die soziale Ungleichheit in Hessen?

VI. Long COVID

57. Wie viele Fälle von Long COVID gibt es nach Kenntnis der Landesregierung in Hessen?
58. Wie bewertet die Landesregierung die wissenschaftliche Forschungslage zu Long COVID?
59. Wie beabsichtigt die Landesregierung, von Long COVID betroffene Menschen in Zukunft zu unterstützen?

VII. Pandemieplan

60. Wann beabsichtigt es die Landesregierung, den Pandemieplan aus dem Jahr 2007 (aktuell nicht mehr auf den Webseiten des Landes zu finden) zu überarbeiten?
61. Wer wird in den Überarbeitungsprozess einbezogen?
62. Ist daran gedacht, Träger sozialer Einrichtungen (z. B. Liga der freien Wohlfahrtspflege) von Beginn an einzubeziehen?

Wiesbaden, 14. Juni 2022

Christiane Böhm

Die Fraktionsvorsitzende:
Elisabeth Kula

³ <https://taz.de/Soziologe-ueber-Corona-und-soziale-Spaltung!/5752996/>

⁴ https://www.rki.de/DE/Content/GesundAZ/S/Sozialer_Status_Ungleichheit/Faktenblatt_COVID-19-Sterblichkeit.html